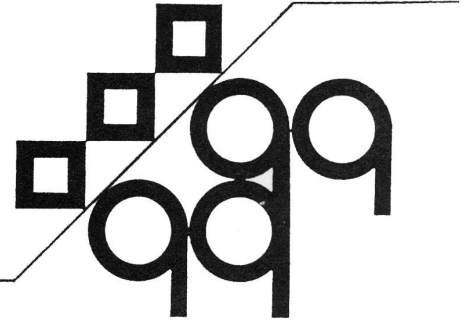


wuqûf



Kurzanalysen

Sigrid Faath

**Die arabisch-türkischen Beziehungen 2011:
Zukunftsfähig trotz Turbulenzen**

**Edition Wuqûf
Hamburg**

**ISSN 0948-0951
Nr. 20, September 2011**

Inhalt

1. Die Ausgangslage	3
2. Der Wandel in Nordafrika/Nahost und die arabisch-türkischen Beziehungen 2011	5
2.1. Die Umbrüche in Nordafrika/Nahost	5
2.2. Die türkische Regierung und der Wandel in Nordafrika/Nahost	6
2.3. Eine Bewertung der türkischen Reaktionen	9
3. Die arabisch-türkische Beziehungen	10
3.1. Die dominanten Interessen und Akteure	10
3.2. Die Rolle des Islam	12
3.3. Die Türkei als Modell aus arabischer Sicht	13
3.4. Die Türkei als Vermittler	15
3.5. Die türkische Außenpolitik als Vorbild	16
4. Die Zukunft der arabisch-türkischen Beziehungen	17
4.1. Die türkische Nahost-/Nordafrika-Orientierung	17
4.2. Das arabische Interesse	17
5. Schlussfolgerungen	19

Zusammenfassung

Die Chancen, dass die arabisch-türkische Kooperation in Zukunft ausgebaut wird, stehen gut. Dies gilt auch für die 2011 wegen innenpolitischen Konflikten unterbrochenen Beziehungen zu Tunesien, Ägypten und Libyen, wo es zudem zu einem Machtwechsel kam. Für die Fortsetzung und den künftigen Ausbau der arabisch-türkischen Beziehungen sprechen mehrere Punkte:

- Die türkische Regierung setzte im Umgang mit den Ereignissen in Nordafrika/Nahost auf einen Dialog mit allen Konfliktbeteiligten, rief zu Reformen auf und leistete humanitäres Engagement, so dass ihr Ansehen nicht nachhaltig beschädigt wurde.
- Das türkische Interesse am Ausbau der Kooperation und an guten nachbarschaftlichen Beziehungen ist vor allem aus wirtschaftlichen Gründen unverändert hoch.
- Das gleichfalls hohe wirtschaftliche Interesse arabischer Staaten, das eine Kooperation mit der Türkei begünstigte, wird fortbestehen, egal wer die Regierung stellt bzw. die Staatsführung bildet.
- Die Wahrnehmung der Türkei bei der Bevölkerung in Nordafrika/Nahost ist auch 2011 weitgehend positiv; zudem ist touristisches und kulturelles Interesse an der Türkei vorhanden.

Die politischen Proteste in Nordafrika/Nahost 2011 kamen islamistischen Organisationen zugute. Das bedeutet nicht, dass die aus der islamistischen Bewegung hervorgegangene türkische AKP-Regierung das religiöse Instrument außenpolitisch in Nordafrika/Nahost einsetzen könnte, ohne ihr Konzept der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten und die darauf aufbauende Kooperation zu gefährden: Die türkische Regierung hat die religiöse Heterogenität und die Vielfalt innerhalb der praktizierten Varianten des Islam in Nordafrika/Nahost deswegen bisher stets respektiert. Im Diskurs kamen islamische oder humanitäre Werte und die islamische Identität zur Sprache; es ist davon auszugehen, dass sie im eigenen Interesse weiterhin so verfahren wird.

Die Regierungen arabischer Staaten werden ihre Bemühungen zur Diversifizierung der Außenbeziehungen fortsetzen; die westliche Intervention in Libyen 2011 wird diese Haltung verstärken. Die Türkei wird von diesem Trend profitieren. Türkische Ambitionen, als „führende Macht“ anerkannt zu werden, haben allerdings keine Chance auf Erfolg: Die arabischen Staaten, die selbst – wie von der Türkei unter der AKP-Regierung vorgelebt – Wege suchen, außenpolitische Abhängigkeiten zu reduzieren, sind nicht bereit, eine neue Abhängigkeit und externe Einflussnahme zu akzeptieren. Für „westliche“ Staaten wird in Zukunft nicht nur der Umgang mit der selbstbewussten und sich emanzipierenden Türkei schwieriger. Der Umgang mit den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas, die eine ähnliche Emanzipation und Selbstbestimmung anstreben, wird – unabhängig von der künftigen Ausprägung der politischen Systeme in diesen Ländern – nicht einfacher werden.

1. Die Ausgangslage

Eine Umfrage des türkischen Forschungsinstituts TESEV in sieben arabischen¹ Staaten vom Juli 2009 bescheinigte der türkischen Regierung den Erfolg ihrer außenpolitischen Strategie in Nahost und Nordafrika: Die Wahrnehmung der Türkei fiel durchweg positiv aus. Die vom türkischen Forschungsinstitut ORSAM im Jemen durchgeführte und zum Jahresbeginn 2011 veröffentlichte Umfrage kam zu einem ähnlich positiven Ergebnis.²

Ende 2010 hätte wohl kaum ein politischer Analyst den weiteren Ausbau und Erfolg der türkischen Außenpolitik im Nahen Osten und Nordafrika in Frage gestellt. Genau dies ist jedoch der Fall, seit sich die Protestbewegungen, die in Tunesien im Januar und in Ägypten im Februar 2011 zu einem Wechsel an der Staatsspitze führten und unter anderem auf die beiden wichtigen türkischen Kooperationspartner Libyen und Syrien übergriffen, ausweiteten.

Die arabischen Staaten in Nahost und Nordafrika stehen seit der Regierungsübernahme der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) in der Türkei im November 2002 im Fokus der türkischen Außenpolitik. Die Beziehungen – begleitet von einer regen Besuchsdiplomatie auf türkischer Seite – wurden sukzessive ausgebaut. Die AKP-Regierung beruft sich bei ihrem außenpolitischen Handeln auf das Konzept der „strategischen Tiefe“ und der „Null-Problem-Politik“ mit den Nachbarstaaten, das von Ahmet Davutoglu, seit 1. Mai 2009 amtierender Außenminister, entwickelt wurde. Diesem Konzept zufolge soll kein Nachbarstaat und keine Region bevorzugt behandelt werden; dennoch scheint sich die türkische Außenpolitik in ganz besonderem Maße auf die arabischen Staaten zu konzentrieren.

In der Europäischen Union (EU) und den USA lösten diese intensiven Kooperationsbestrebungen bei Politikern und in den Medien Befürchtungen über eine eventuelle Abwendung des NATO-Mitgliedes Türkei vom „Westen“ aus. Das Interesse der AKP-Regierung an den islamisch geprägten Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas wurde mit der Herkunft der AKP aus der islamistischen Bewegung erklärt. Einige Analysten vermuteten, dass die gemeinsame Religion bei dieser Annäherung eine Rolle spielt und die türkische Regierung einen „islami-

¹ Im Folgenden wird die Bezeichnung „arabische“ Staaten verwendet; damit soll deutlich zum Ausdruck kommen, dass weder Israel noch Iran gleichwertig in der Analyse berücksichtigt werden. Wenn nicht anders präzisiert, bezieht sich der Begriff „Nahost“ nur auf die arabisch-islamisch geprägten Staaten der geographischen Region. Die Verfasserin ist sich wohl bewusst, dass der Begriff „arabische Staaten“ oder „islamische Staaten“ in den meisten Ländern nicht präzise die gesellschaftliche Realität wiedergibt; weil alle Staaten jedoch religiös, kulturell, linguistisch stark islamisch-arabisch geprägt sind und in den Verfassungen oder relevanten Texten sowie der Eigenwahrnehmung der Bevölkerungsmehrheit oder zumindest großer Bevölkerungsteile darauf explizit Bezug genommen wird, wird diese Bezeichnung als Kurzform verwendet.

² Vgl. Mensur Akgün u.a.: *The perception of Turkey in the Middle East*, Istanbul 2009 (TESEV Foreign Policy Analysis, 10). Vgl. ORSAM: *Turkey-Yemen relations and the perception of Turkey in Yemen*, Ankara, Januar 2011.

schen Block“ anstrebt.³ Mit Besorgnis wurde deswegen in der EU und den USA die Außenpolitik der AKP-Regierung verfolgt, die sich darüber hinaus seit 2004 durch eine zunehmend propalästinensische und israelkritische Haltung auszeichnet. Ihre dezidierte Teilnahme für die palästinensische Bevölkerung unterstrich die AKP und damit auch die türkische Regierung zum Beispiel durch die Unterstützung öffentlichkeitswirksamer Aktionen wie der Gazahilfsflotte im Mai 2010.⁴

Mit den arabisch-türkischen Beziehungen und ihren Zukunftschancen befasst sich eine von der Autorin herausgegebene und Ende August 2011 im Nomos-Verlag erschienene Publikation.⁵ Die Studie ist Ergebnis eines Forschungsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin, das 2010 konzipiert wurde, als sich die arabisch-türkischen Beziehungen im Aufschwung befanden. In der Studie werden die Auswirkungen der Proteste in Nordafrika/Nahost auf die arabisch-türkischen Beziehungen bis Anfang Mai 2011 berücksichtigt.

Die Studie stellt die arabische Perspektive der Beziehungen in den Mittelpunkt. In sechs Länderanalysen wurden dementsprechend die politischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der nordafrikanischen und nahöstlichen Kooperationspartner der Türkei untersucht und die Wahrnehmung der Türkei bei den unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren aufgearbeitet. Ausgewählt wurden Staaten, deren Kooperation mit der Türkei sich zwischen 2002 und 2010 deutlich intensivierte: die Maghrebstaaten (besonders Libyen), Ägypten, die kleinen Golfstaaten und Saudi-Arabien, der Libanon, Syrien und der Irak. Weil sich ab Mitte der 2000er Jahre die vorher engen Beziehungen zu Israel verschlechterten, wurde ein Beitrag zu den israelisch-türkischen Beziehungen mit

³ Vgl. hierzu u.a. International Crisis Group: Turkey and the Middle East: Ambitions and constraints, Brüssel 2010 (Europe Report 203), S. 7.

⁴ Die Hilfsflotte wurde von einer türkischen islamistischen Menschenrechts- und Wohlfahrtsorganisation organisiert und offiziell von der AKP unterstützt. Sie wollte die israelische Seeblockade über Gaza brechen. Der Schiffskonvoi wurde am 31.5.2010 von israelischen Spezialtruppen gestürmt, wobei u.a. auch neun türkische Aktivisten ums Leben kamen. Die türkisch-israelischen Beziehungen waren damit auf einem Tiefpunkt angelangt. Die türkische Regierung verlangte eine offizielle Entschuldigung Israels für den Angriff. Ministerpräsident Erdogan kündigte im Juli 2011 an, die bestehenden Militär- und Handelsabkommen zu suspendieren, wenn Israel nicht einlenkt und sich entschuldigt. Die israelische Regierung zeigte sich bereit, ihr Bedauern über den Zwischenfall auszudrücken, lehnte aber eine offizielle Entschuldigung ab. Im August 2011 kam es daraufhin zur Ausweisung des israelischen Botschafters und zur Suspendierung der Militär- und Handelsabkommen. Gleichzeitig drohte Ministerpräsident Erdogan mit weiteren Schritten; so sollen die Hilfslieferungen nach Gaza von Kriegsschiffen eskortiert werden. Vgl. u.a. alahramonline, Kairo, 26.7.2011 (Turkey mulls harder line if Israel refuses to apologise); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.8.2011 (Israel will sich nicht entschuldigen); Der Tagesspiegel, Berlin, 2.9.2011 (Türkei weist israelischen Botschafter aus); Financial Times, 9.9.2011 (Türkei verschärft Drohungen gegen Israel).

⁵ Vgl. Sigrid Faath (Hrsg.): Die Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen. Nationale Interessen, nicht Religion als Basis der Kooperation, Baden-Baden: Nomos 2011 (DGAP-Schriften zur Internationalen Politik), 284 Seiten. Die Studie wurde aus Mitteln des Kulturhaushalts des Auswärtigen Amtes – Dialog mit der islamischen Welt – finanziert.

aufgenommen. Für Details zum Forschungsprojekt, zum außenpolitischen Konzept der Türkei seit 2002, zu den Akteuren der türkischen Außenpolitik, zu den Interessen arabischer Staaten an einer Kooperation mit der Türkei, zu den Kooperationsbereichen, zur Intensität und zu den sich abzeichnenden Grenzen der Kooperationsbereitschaft sei hier auf die einzelnen Beiträge der Studie verweisen.

Die vorliegende Wuqûf-Kurzanalyse greift einige wichtige Ergebnisse der Studie auf und überprüft sie vor dem Hintergrund der Konfliktentwicklungen in Nordafrika/Nahost bis Anfang September 2011.

2. Der Wandel in Nordafrika/Nahost und die arabisch-türkischen Beziehungen 2011

2.1. Die Umbrüche in Nordafrika/Nahost

In allen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens kam es – ausgehend von Tunesien – seit Jahresbeginn 2011 zu Protesten der Bevölkerung, die soziale, wirtschaftliche und politische Ursachen hatten. Diese Proteste mündeten in

- *politische Umbrüche*, verbunden mit einem Wechsel an der Staatsspitze (Tunesien, Ägypten), deren Ausgang allerdings ungewiss ist (freiheitlicheres Regierungssystem oder neuerliche Etablierung autoritärer Strukturen?).
- *gewaltsame Konflikte* zwischen Staatsführung und Opposition (Libyen, Jemen, Bahrain, Syrien). In Libyen mündete der Konflikt in einen Bürgerkrieg und führte nach Unterstützungersuchen der Opposition ab März zum Eingreifen der NATO; eine innere Befriedung Libyens ist Anfang September 2011 noch nicht erreicht, wenngleich ein Machtwechsel erzwungen wurde und das Qaddafi-Regime mit dem Einmarsch der Oppositionstruppen in die Hauptstadt Tripolis Ende August als gestürzt gelten kann. In Bahrain schlug König Hamad Ibn Isa Al Khalifa die Oppositionsbewegung mit Hilfe der verbündeten Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrates nieder. Im Jemen gehen die Auseinandersetzungen zwischen den staatlichen Sicherheitsorganen und der Opposition, die den Rücktritt von Präsident Saleh fordert, weiter. In Syrien wendet Präsident Bashshar al-Asad fortgesetzt massive Gewalt gegen die Oppositionsbewegung an, die Mitte März im südsyrischen Daraa ihren Ausgang nahm und sich sukzessive ausweitete. Präsident Asad erklärte am 9. August im Gespräch mit dem türkischen Außenminister, der zur Einstellung der Gewalt und einer Verhandlungslösung aufforderte, den Kampf gegen die „terroristischen Gruppen“ innerhalb der Oppositionsbewegung, die er für die Eskalation verantwortlich machte, fortsetzen zu wollen. Am 21. August – zeitgleich mit dem Vormarsch der libyschen Oppositionstruppen auf die Hauptstadt Tripolis und dem sich abzeichnenden Erfolg der libyschen Opposition – hielt Präsident Asad erneut eine Rede; er

kündigte eine Verfassungsmodifikation, die Zulassung von politischen Parteien und Wahlen zu einer Volksversammlung für Februar 2012 an.

- *Reformen* u.a. in Marokko, Algerien, Saudi-Arabien, Oman, Jordanien. Die von den Staatsführungen seit Frühjahr 2011 umgesetzten Reformen beinhalten politische und soziale Maßnahmen. Am weitreichendsten waren bislang die politischen Reformen in Marokko, dessen Bürger am 1. Juli 2011 per Referendum über eine neue Verfassung abstimmen, die Parlament, Premierminister, Regierung, Regionen und Kommunen stärkt. Algeriens Präsident Bouteflika hob den seit 1992 geltenden Notstand auf, kündigte eine Verfassungsmodifikation an und setzte kurzfristig vor allem auf Preissenkungen und Subventionen, um eine massive Protestbewegung zu unterbinden. Der saudische König reagierte im Februar 2011, nach dem erzwungenen Rücktritt des ägyptischen Präsidenten, und erneut im März 2011 mit einem Hilfsprogramm für breite Schichten der Bevölkerung in Höhe von insgesamt circa 130 Milliarden Dollar; die Forderungen nach politischen Reformen der Opposition wurden allerdings nicht aufgegriffen.⁶

Die unerwartet heftigen und anhaltenden Proteste in Nordafrika und dem Nahen Osten, die sich gegen die Staatsführungen, deren Sozial- und Wirtschaftspolitik, die fehlenden Freiheiten, die ausufernde Korruption und die Bereicherung einer kleinen Schicht richten und in Tunesien am 14. Januar, in Ägypten am 11. Februar den Wechsel an der Staatsspitze herbeiführten, waren für die Staatsführungen der anderen arabischen Staaten ein Schock. Die bisher funktionierende ritualisierte Unterstützung der bestehenden Ordnungsstrukturen und Verteilungsmechanismen durch die Bevölkerungsmehrheit wurde durch diese Protestbewegungen erschüttert. Der Rücktritt des Staatsoberhauptes wurde in Tunesien, Ägypten, Libyen, Jemen und Syrien zur Hauptforderung der Protestierenden.

2.2. Die türkische Regierung und der Wandel in Nordafrika/Nahost

Im Februar 2011 meinte Soner Cagaptay in der türkischen Zeitung *Hürriyet*, die Türkei sei durch die Unruhen in den arabischen Staaten zur Regionalmacht geworden.⁷ Dem widersprach allerdings Steven A. Cook vom US Council on Foreign Relations in seinem Beitrag „Arab spring, Turkish fall“;⁸ er regte damit den türkischen Kolumnisten Sahin Alpay zu einer Replik an. Der „Arabische Frühling“, so Alpay, leite keineswegs den „Türkischen Herbst“ oder den „Türkischen Niedergang“ ein.⁹ Die Meinungen sind seither geteilt.

Offensichtlich ist, dass die arabisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen durch die innenpolitischen Konflikte beeinträchtigt wurden. Der Umgang der türkischen Regierung mit dem Wan-

⁶ Vgl. MEES, Nikosia, 28.3.2011 (Saudi stimulus package fails to address reform).

⁷ Zitiert nach BBC Monitoring, London, 17.2.2011 (Column says Arab unrest turned Turkey into regional power).

⁸ Steven A. Cook: Arab spring, Turkish fall, in: *Foreign Policy*, Washington DC, 5.5.2011.

⁹ Soner Alpay: Does the Arab Spring mean Turkish Fall?, in: *Today's Zaman*, Istanbul, 16.5.2011, zitiert nach: BBC Monitoring, 16.5.2011 (Column denies Turkish "regional leadership" affected by Arab revolts).

del in Nordafrika/Nahost spricht jedoch gegen die These eines herannahenden „türkischen Herbstes“ in Nordafrika/Nahost, der sich längerfristig auf die wirtschaftliche Kooperation und vor allem auf die politischen Beziehungen auswirkt; die folgenden Beispiele sollen dies belegen.

Tunesien und Ägypten

Auf die Protestbewegungen in Tunesien und Ägypten und die Forderung nach einem Rücktritt der amtierenden Präsidenten reagierte die türkische Regierung zunächst vorsichtig. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sollte vermieden werden. Gewalt-sames Vorgehen lehnte die türkische Regierung generell ab und legte daher den Präsidenten in Tunesien und Ägypten dringend Reformen nahe, um Chaos und Instabilität zu vermeiden. Nach der entscheidenden Wende in Tunesien mit der Flucht Präsident Ben Alis am 14. Januar sprach sich die türkische Regierung offiziell für die Respektierung des jeweiligen Volkswil-lens aus und äußerte sich entsprechend gegenüber dem ägyptischen Präsidenten;¹⁰ das heißt, sie legte Präsident Mubarak den Rücktritt nahe.

Libyen

Schwieriger gestaltete sich die Positionierung im Falle Libyens, wo circa 200 türkische Un-ternehmen vor allem im Bausektor aktiv waren, wegen der Anwesenheit von circa 28.000 türkischen Staatsangehörigen. Ihre Evakuierung hatte nach dem Ausbruch der Gewalt Mitte Februar 2011 für die türkische Regierung höchste Priorität. Auch in Libyen plädierte die tür-kische Regierung gegenüber Revolutionsführer Qaddafi konstant für eine friedliche Lösung. Zudem bot sie sich als Vermittler an, hielt ihre Botschaftspräsenz in Tripolis bis Mai aufrecht und kümmerte sich auch um die Evakuierung von nichttürkischen Staatsangehörigen. Die Evakuierungsaktion war Mitte März weitgehend abgeschlossen. Die türkische Regierung un-terstützte schließlich trotz bleibender Skepsis gegenüber einer NATO-Intervention in Libyen die UN-Sicherheitsratsresolution 1973 zugunsten einer Flugverbotszone, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen sollte; sie setzte jedoch konstant ihre Vermittlungsversuche und Appelle an Qaddafi zur Beendigung der Gewalt fort und stellte zudem klar, dass sie nie eine Waffe gegen das libysche Volk richten werde.¹¹ Im Rahmen der NATO-Mission übernahm die Türkei dementsprechend humanitäre Hilfsaufgaben.

Die türkische Regierung hielt ferner Kontakt zu allen am Konflikt Beteiligten. Nachdem die Aufrufe zum Waffenstillstand und die Vermittlungsangebote zu keinem Ergebnis führten, rief Ministerpräsident Erdogan am 3. Mai Revolutionsführer Qaddafi erstmals öffentlich und un-missverständlich zum Rücktritt auf, um die Gewalt zu beenden; am 23. Mai sprach sich der türkische Staatspräsident Gül für eine neues Regime in Libyen aus, das frei von Repression

¹⁰ Vgl. u.a. BBC Monitoring, 1.2.2011 (Turkish deputy Premier says Egypt and Tunisia need urgent reforms).

¹¹ Vgl. BBC Monitoring, 22.3.2011 (Turkish minister says “Turkey would never point a gun at Libyan people”).

sei, und brach die diplomatischen Beziehungen ab. Diese Aufrufe der AKP-Regierung dienten sicherlich auch dazu, vor den am 12. Juni anstehenden türkischen Legislativwahlen die eigene Bevölkerung von der demokratischen Haltung der Regierung bzw. von ihrer Achtung des Volkswillens zu überzeugen.

Die Kontakte der türkischen Regierung zur libyschen Opposition intensivierten sich in dem Maße, in dem der Bürgerkrieg anhielt und Qaddafi zu keinen Zugeständnissen bereit war, so dass angesichts der militärischen Unterstützung der Opposition durch die NATO der Fortbestand des Regimes unter Qaddafis Führung immer unwahrscheinlicher wurde: Am 2. Juli erkannte die türkische Regierung den oppositionellen Übergangsrat als Repräsentant des ganzen libyschen Volkes an. Im Juli gab sie als weitere Geste, die ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung zeigte, eingefrorene libysche Gelder zugunsten des Übergangsrates frei, damit dieser rechtzeitig zu Beginn des Fastenmonats Ramadan am 1. August die Nahrungsmittelpreise niedrig halten konnte. Als Ende August das Ende des Qaddafi-Regimes gekommen war, kündigte der türkische Wirtschaftsminister Zafer Caglayan an, die türkischen Unternehmer könnten nach dem Ramadan nach Banghazi zurückkehren;¹² die wegen der Kämpfe unterbrochenen Projekte sollen fortgeführt werden. Als einer der ersten Staaten öffnete die Türkei am 2. September ihre im Mai aus Sicherheitsgründen geschlossene Botschaft in Tripolis.

Syrien

Die von der AKP-Regierung aufgebauten Beziehungen zu Syrien hatten bis Ende 2010 im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich große Fortschritte gemacht. Der innenpolitische Konflikt in Syrien unterbrach jedoch den geplanten weiteren Ausbau der Beziehungen. Am 18. März kam es in Syrien zu ersten Protesten. Die Staatsführung reagierte mit Repression; erste im Frühjahr angekündigte Reformen erwiesen sich als unzureichend, um die Lage zu beruhigen. Bis Ende August sollen rund 2.000 Personen ums Leben gekommen und 11.000 Syrier über die Grenze in die Südtürkei geflüchtet sein.

Die türkische Regierung war – ähnlich wie in Libyen – seit Ausbruch der Proteste bemüht, Präsident Asad zu grundlegenden Reformen und zu einem Dialog mit der Opposition zu bewegen. Der türkische Ministerpräsident Erdogan verurteilte im April explizit den Gewalteininsatz und warnte Präsident Asad vor einem Zerfall Syriens. Ab Mai führte die türkische Regierung einen Dialog mit allen am Konflikt Beteiligten; sie ermöglichte es den Oppositionsgruppen, sich in der Türkei – als neutralem Ort – zu treffen: am 31. Mai in Antalya, am 16. Juli in Istanbul und am 29. August in Ankara, wo die syrischen Oppositionsgruppen einen Nationalen Übergangsrat bildeten.¹³ Trotz des Ansturms syrischer Flüchtlinge in die südtürkischen grenznahen Gebiete blieb die Grenze offen und die türkische Regierung organisierte

¹² Vgl. BBC Monitoring, 24.8.2011 (Turkish contractors may return to Libya after Ramadan – minister).

¹³ Vgl. Islamonline.net, 29.8.2011 (Syrian National Transitional Council formed in Ankara).

humanitäre Hilfe. Parallel dazu liefen die Versuche weiter, Präsident Asad von Reformen und einem Dialog zu überzeugen.¹⁴

2.3. Eine Bewertung der türkischen Reaktionen

Die türkische Regierung stellte seit Ausbruch der Proteste in Nordafrika/Nahost drei Aspekte ins Zentrum ihres Diskurses, die leitmotivisch wiederkehrten:

- die Solidarität mit der Bevölkerung und ihren Forderungen;
- die Vermeidung von Gewalt durch Dialog und Reformen zur Lösung des Konflikts und in diesem Zusammenhang
- das Angebot, als Vermittler zu agieren und beratend den Reformprozess zu unterstützen.

Dementsprechend appellierte die türkische Regierung stets als erstes an die Staatsführungen, Gewalt zu vermeiden und politischen Wandel umzusetzen.¹⁵ Wenn sich ein Machtwechsel abzeichnete, rief die türkische Regierung jeweils das Staatsoberhaupt auf, der Forderung zum Rücktritt zugunsten des innenpolitischen Friedens Folge zu leisten. Im Rahmen der Versuche, sich als Mittler zu betätigen, unterhielt die türkische Regierung zu allen am Konflikt beteiligten Gruppen Kontakt. Sie bot zudem die Türkei als neutrales Terrain für Treffen der Oppositionsgruppen an, die zur Konfliktbeilegung und vor allem einem Ende der Gewalt dienen sollten.

In keinem Fall wurden bislang (Stand: Anfang September 2011) allerdings die türkischen Vorschläge zur Beilegung der Konflikte aufgegriffen oder die türkische Rolle als Mittler in Anspruch genommen. Eine weitere Eskalation der Konflikte konnte die türkische Regierung mit ihrer Diplomatie nicht verhindern. Unter diesem Gesichtspunkt waren die türkischen Bemühungen nicht erfolgreich. Dieser „Misserfolg“ ist allerdings nicht dem türkischen Vorgehen oder dem mangelnden Ansehen der türkischen Regierung anzulasten.

Das Scheitern der türkischen diplomatischen Bemühungen zur Deeskalation und Beendigung der Konflikte in Libyen und Syrien zeigt vielmehr sehr drastisch die Grenzen externer Einflussnahme auf, wenn es um innenpolitische Macht- und Verteilungskonflikte geht. Grenzen der arabisch-türkischen Kooperation bzw. des türkischen Einflusses zeichneten sich bereits vor 2011 ab wie die Länderanalysen in der genannten Studie zur „Zukunft der arabisch-türkischen Beziehungen“ im Detail nachweisen. Seit Ausbruch der Proteste in Nordafrika/Nahost und insbesondere seit der anhaltenden Gewalt in Libyen und Syrien treten diese Grenzen deutlicher hervor. Spekulationen über eine mögliche neue Regionalmacht

¹⁴ Vgl. das Gespräch Außenminister Davutoglus mit Präsident Asad am 9.8.2011; Neue Zürcher Zeitung, 9.8.2011 (Die Türkei drängt Asad zum Einlenken).

¹⁵ So auch im Falle Bahrains, wo Außenminister Davutoglu nach Ausbruch der Proteste gegen die Regierung vor Spannungen zwischen der politisch und wirtschaftlich nicht gleichgestellten schiitischen Mehrheit und der sunnitischen Minderheit warnte und zum Dialog aufrief. Vgl. BBC Monitoring, 6.4.2011 (Turkish official denies mediation in Bahrain, warns against “sectarian tensions”).

Türkei im Nahen Osten oder über die Türkei als unverzichtbarer Mittler zwischen Europa und den arabischen Staaten sind deswegen unrealistisch. Die türkischen Einflussmöglichkeiten in Nordafrika/Nahost sind begrenzt.

Nichtsdestotrotz war die türkische Diplomatie 2011 erfolgreich, weil sie sich durch ihren relativ geschickten Umgang mit den Entwicklungen in Nordafrika/Nahost seit Januar 2011 die Kooperationsbereitschaft der arabischen Staaten weiterhin sichern konnte:

- Die türkische Regierung hat durch ihre Dialog- und Kontakt-zu-allem- Strategie auch bei einem Machtwechsel „gute Karten“, um als künftiger Partner akzeptiert zu werden.
- Sie hat sich in ihrem Diskurs stets für die Respektierung des Volkswillens eingesetzt und durch ihre Mahnung an die Regierenden, die Gewalt einzustellen und Reformen einzuleiten, das positive Türkeibild bei der Bevölkerung nicht beschädigt.¹⁶
- Durch ihre kritische Haltung zur NATO-Intervention in Libyen 2011 hat sich die türkische Regierung als selbstbewusster Akteur mit eigenen Interessen präsentiert, der traditionelle strategische Kooperationsbeziehungen hinterfragt, seine regionale Verortung neu interpretiert und neue strategische Partnerschaften eingehen will. Die von dem türkischen Kolumnisten Ibrahim Karagul im September 2011 angestoßene Diskussion über eine „gemeinsame Sicherheitsorganisation islamischer Staaten“ ist eine logische Folge.¹⁷

3. Die arabisch-türkische Beziehungen

3.1. Die dominanten Interessen und Akteure

Die Kooperation im wirtschaftlichen Bereich ist mit den meisten nahöstlichen und nordafrikanischen Partnern weit vorangeschritten, auch wenn sie aus türkischer Sicht noch nicht die Erwartungen erfüllt. Die Wirtschaftskooperation wurde in der letzten Dekade zu einem zentralen Instrument der türkischen Außenpolitik und sollte zum einen neue Märkte und Investoren erschließen und zum anderen der Schlüssel zur politischen Annäherung sein. In den arabisch-türkischen Beziehungen dominierte bislang die Wirtschaftskooperation; auch nach Regierungs- und Machtwechseln wird das Hauptinteresse der Wirtschaftskooperation gelten.

¹⁶ Auf diesen Sachverhalt weist u.a. eine Umfrage in Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten vom Juni 2011 hin. Ein Beispiel: Die Frage, ob die Türkei zu Frieden und Stabilität in der arabischen Welt beitrage, bejahte in allen Staaten die Mehrheit der Befragten: in Jordanien 58%, in den Vereinigten Arabischen Emiraten 61%, in Ägypten 65%, in Saudi-Arabien 76%, in Marokko 82% und im Libanon 85%. Vgl. Zogby, James: Arab attitudes toward Iran, 2011, Washington DC 2011 (Arab American Institute Foundation), S. 5.

¹⁷ Vgl. die englische Übersetzung der Kolumne von Ibrahim Karagul aus der Online-Ausgabe von Yeni Safak vom 1.9.2011 in: BBC Monitoring, 1.9.2011 (Turkish column urges “Common Security Organization”).

Von großem Interesse ist für die türkischen Anrainerstaaten Syrien und Irak allerdings auch die Zusammenarbeit zur Regelung der Wasserproblematik. Ferner ist vor allem für den kurdischen Nordirak die Regelung des innertürkischen Konflikts mit den Kurden von Bedeutung, um die für den kurdischen Nordirak (aber auch für die Türkei zur Entwicklung Südostanatoliens) wichtigen wirtschaftlichen Beziehungen auf einer vertrauensvollen Grundlage ausbauen zu können. Dies setzt voraus, dass in der Türkei die Lösung der Kurdenfrage weiter vorangetrieben wird und der Konflikt mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK nicht erneut in militante Auseinandersetzungen mündet. Eine neuerliche militante Auseinandersetzung bahnt sich jedoch an, nachdem die PKK vom Nordirak aus Anschläge auf türkische Militärs verübte. Die Protestbewegungen in Nordafrika/Nahost regten auch die türkischen Kurden an, ihr Ziel einer autonomen Kurdenregion wieder nachdrücklicher einzufordern. Es sind momentan somit türkische innenpolitische Sachlagen und die Entwicklungen in einigen nordafrikanischen und nahöstlichen Staaten, die – konjunkturell – die konkreten Kooperationsprojekte belasten, aber nicht den beiderseitigen Willen zur Fortsetzung der Kooperation in Frage stellen.

Die mehrere Monate andauernden gewaltsamen innenpolitischen Konflikte in Libyen und Syrien und die mit ihnen einhergehende institutionelle Instabilität und Verschlechterung der Sicherheitslage beeinträchtigten das normale Funktionieren der Wirtschaft und den Handelsaustausch; negativ betroffen war folglich die Wirtschaftskooperation mit der Türkei. Die Störung und Unterbrechung der Kooperation ist den innenpolitischen Umständen geschuldet. Eine Fortsetzung der Wirtschaftskontakte ist zu erwarten.¹⁸ Im Falle Libyens wurden bereits Ende August, nach der militärischen Einnahme der Hauptstadt Tripolis durch die Oppositionsbewegung, die Weichen für eine fortgesetzt intensive Kooperation gestellt.¹⁹ Mit Ägypten ist z.B. die Gründung eines gemeinsamen Höchsten Strategischen Kooperationsrates als Konsultations- und Abstimmungsorgan geplant.²⁰ Fazit: Die politischen Kontakte entwickelten sich bislang nach den Machtwechseln gut.

Die (sunnitische) Türkei wird insbesondere von Saudi-Arabien und den kleinen Golfstaaten als regionaler Verbündeter gegen eine iranische Vormachtstellung im Nahen Osten und gegen

¹⁸ Die Proteste in Tunesien und Ägypten unterbrachen die Wirtschaftsbeziehungen zu diesen beiden Ländern. Bereits im April 2011 reiste jedoch eine türkische Handelsdelegation nach Tunesien (vgl. BBC Monitoring, 4.4.2011: Turkey send trade delegation to Tunisia to boost cooperation, bilateral ties); im August 2011 wurde bekannt gegeben, dass die Türkei beabsichtige, in Ägypten Investitionen in Höhe von 63 Millionen Dollar zu tätigen (alahramonline, 3.8.2011: Turkey studies \$63 millions investment boost in Egypt). Mit Ägypten wurde im September ein Militär- und Wirtschaftspakt vereinbart (vgl. Hurriyet Daily News, Istanbul, 8.9.2011: Turkey eyes Egypt alliance)

¹⁹ Der türkische Außenminister reiste kurz nach dem Einmarsch der Oppositionstruppen in Tripolis als erster internationaler Repräsentant am 23.8.2011 nach Banghazi. Türkische Geschäftsleute sind optimistisch, dass die Geschäftsbeziehungen bald wieder aufgenommen werden; sie sehen die Türkei künftig eine „aktive“ Rolle in Libyen übernehmen (vgl. alahramonline, 26.8.2011: Turkey eyes political role, deals in Libya).

²⁰ KUNA, Kuwait, 3.7.2011 (Egypt, Turkey to set up joint supreme strategic council für cooperation).

eine Nuklearmacht Iran gesehen. Die guten Beziehungen der Türkei zum schiitischen Iran werden unter dem Gesichtspunkt der Entspannung positiv gewertet.

Gemeinsame Interessen eint die Golfstaaten und die Türkei auch im Hinblick auf den Irak. Vor allem die kleinen Golfstaaten sind – wie die Türkei – aus wirtschaftlichen Gründen an einer Stabilisierung des Irak interessiert, damit der Transport von Öl und Gas nach Europa auf dem Landweg gesichert ist. Saudi-Arabien unterstützt wie die Türkei die territoriale Einheit des Irak; die saudische Führung befürchtet, dass eine Abspaltung des Nordirak Autonomie-tendenzen der überwiegend von Schiiten bewohnten, ölreichen Provinz im Osten Saudi-Arabiens verstärken könnte. Die Türkei wiederum erwartet in diesem Fall eine ähnliche Entwicklung bei den türkischen Kurden.

Die „Träger“ der Kooperation auf Seiten der arabischen Staaten entsprechen den türkischen Akteuren: Es handelt sich erster Linie um die Staatsführung und Regierung, das Militär und um Wirtschaftsvertreter. Die Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen 2011 werden sich nur personell auf diese Hauptakteure auswirken. Die gesellschaftlichen Kontakte sind bislang wenig ausgeprägt; dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass erstens für die Türkei die Wirtschaftsinteressen Priorität haben und zweitens auf gesellschaftlicher Ebene das türkische Interesse an arabischen Staaten geringer ist als umgekehrt. Offenkundig ist dagegen, dass in arabischen Staaten das Interesse an der Türkei in den letzten Jahren deutlich gestiegen ist; einen wesentlichen Anteil daran haben die in arabischen Staaten ausgestrahlten türkischen Fernsehserien und die zunehmende Attraktivität der Türkei als Urlaubsland insbesondere auch für Touristen aus den Golfstaaten – ein Trend, der seit dem Machtwechsel in Ägypten wegen der dort nach wie vor schwierigen Sicherheitslage anhält.

3.2. Die Rolle des Islam

Die Länder des Nahen Ostens und Ägypten sind religiös heterogen; im Gegensatz dazu leben in den Maghrebstaaten nur verhältnismäßige kleine jüdische, christliche und schiitische Minderheiten. Will die Regierung eines islamisch geprägten Staates „religiöse Gemeinsamkeiten“ mit anderen gleichfalls islamisch geprägten Staaten als verbindendes Element darstellen, kann sie sich eigentlich nur allgemein auf „den Islam“ berufen und muss gegenüber den in einzelnen Staaten gelebten Ausprägungen der Religion ein „neutrales“ Verhalten an den Tag legen. Die Außenpolitik der aus der sunnitisch-geprägten islamistischen Bewegung hervorgegangenen AKP setzt beim Ausbau der Kooperation mit arabischen Staaten und dem schiitischen Iran diese „Neutralitätsregel“ um. Die islamische Identität gab dennoch bislang auf Seiten der nahöstlichen und nordafrikanischen Partnerstaaten der Türkei nicht den Ausschlag für den Ausbau der Beziehungen. Im Wirtschaftsbereich, dem zentralen Kooperationsbereich, wurde die Türkei deshalb auch nicht bevorzugt behandelt. Der Faktor „islamische Solidarität“ war für die Vergabe von Bau-/Infrastrukturprojekten nicht entscheidend.

Maßgeblich verantwortlich für den Erfolg der AKP-Außenpolitik in Nordafrika und dem Nahen Osten war das neutrale Verhalten in Bezug auf die verschiedenen islamischen religiösen Richtungen. Die türkische Regierung instrumentalisiert die religiösen Differenzen nicht für ihre außenpolitischen Beziehungen. Im türkischen nationalen Eigeninteresse kooperiert sich mit allen Richtungen – ob Sunniten, Schiiten, Ibaditen usw.

Die Nähe der AKP und ihrer Regierungsmitglieder zur Bewegung der Muslimbrüder, insbesondere jener in Syrien, legt zwar die Vermutung nahe, dass die türkische Regierung ein Erstarken der Bewegung als politische und gesellschaftliche Kraft in Nordafrika/Nahost generell mit Wohlwollen betrachtet. Die Muslimbrüder repräsentieren jedoch lediglich eine islamische sunnitische Bewegung und Organisation unter anderen in islamisch geprägten Staaten, die mit verschiedenen islamischen Richtungen und zum Teil mit Gemeinden anderer Religionen koexistieren müssen; eine monopolistische Stellung – ob politisch oder religiös – werden sie nicht einnehmen können. Die AKP-Regierung, die wirtschaftliche Interessen in Nordafrika/Nahost durchsetzen will und zu diesem Zweck auf eine befriedete und politisch stabile, kooperative Nachbarschaft angewiesen ist, wird deswegen zu allen religiösen Komponenten der Gesellschaft eines Partnerlandes gute Beziehungen wahren und allenfalls in spezifischen Situationen zur übergeordneten „islamischen“ Solidarität, Unterstützung und Abstimmung aufrufen.

Zu erwarten ist allerdings, dass ein generell stärkerer Einfluss islamistischer Organisationen auf die Innen- und Außenpolitik, der sich nach den Machtwechseln 2011 vor allem in Ägypten und Libyen, aber auch in Tunesien abzeichnet, auf das künftige Kooperations- und Allianzverhalten dieser Staaten Auswirkungen haben wird. Eine weitere Annäherung an die Türkei als islamisch geprägter, moderner, aufstrebender Staat dürfte damit gesichert sein; vorstellbar ist auch, dass die Idee einer gemeinsamen Sicherheitsorganisation islamischer Staaten²¹ dadurch Aufschwung erhält.

3.3. Die Türkei als Modell aus arabischer Sicht

Die Ereignisse in Nordafrika/Nahost seit Jahresbeginn 2011 werden oft als „arabischer Frühling“ bezeichnet und damit auf ein (mögliches) „demokratisches Erwachen“ einer Staatengruppe angespielt, die bislang von keiner Demokratisierungswelle erfasst worden ist. Von einer erfolgreichen Einleitung demokratischer Prozesse in Tunesien und Ägypten werden insbesondere in Europa und den USA positive Auswirkungen auf die anderen Staaten der Region erwartet.

²¹ Vgl. Anmerkung 17.

Es zeichnete sich bereits in Tunesien und Ägypten, aber auch in Libyen und Syrien ab, dass islamistische Gruppen die Umbruchszeit nutzen, um politischen Handlungsspielraum zu gewinnen und ihren gesellschaftlichen Einfluss auszudehnen. In Tunesien und Ägypten wurden erstmals islamistische Parteien legalisiert, die damit in diesen Staaten die Gelegenheit erhalten, aktiv die Zukunft mitzugestalten. In Libyen sind zahlreiche Vertreter islamistischer Organisationen im Nationalen Übergangsrat vertreten, der nach dem Ende des Qaddafi-Regimes die neuen Staatsstrukturen aufbauen wird; unter den am Neuaufbau Libyens Beteiligten befinden sich Vertreter militanter islamistischer Gruppen.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen wird häufig die Frage gestellt, ob die Türkei in dieser Umbruchsphase Modellcharakter für die arabischen Staaten haben könnte und zwar hinsichtlich

- der politischen Integration religiös-verorteter Parteien und
- des Verhaltens legaler islamistischer Organisationen im demokratisch verfassten Staat.

Mit diesem Thema setzen sich nicht nur zahlreiche Politiker, entwicklungspolitisch Engagierte, Wissenschaftler und Journalisten in den Staaten der EU, sondern speziell auch türkische Analysten und Vertreter islamistischer Organisationen auseinander.

Die Reaktionen auf die Vorstellung, die Türkei könnte als Modell dienen, fallen in Nordafrika/Nahost allerdings sehr unterschiedlich aus. Die Reaktionen unterstreichen jedoch, dass weder die Staatsführungen noch die gesellschaftlichen Akteure aufgrund der religiös-kulturellen Prägung der Türkei durch den Islam ihr eine Sonderrolle als Modell, das heißt als Vorbild, zuschreiben.

Untersuchungen einzelner nordafrikanischer und nahöstlicher Staaten zeigen vielmehr, dass einzelne Oppositionsgruppen die Türkei als „Ideegeber“ oder als „Inspiration“ schätzen, aber nicht davon ausgehen, dass sich das türkische Beispiel direkt auf die eigene Gesellschaft übertragen lässt. Für islamistische Organisationen ist das Beispiel AKP hauptsächlich eine Argumentationshilfe, um Ängste vor einem politischen Erstarken der Islamisten in der eigenen Bevölkerung abzubauen. Die AKP liefert zudem konkretes Anschauungsmaterial für erfolgreiche Strategien, um unter schwierigen Bedingungen, das heißt im Rahmen säkularer Staatsstrukturen und mit dem Militär als langjährigem Gegenspieler, das politische Überleben zu sichern und sich an der Macht zu halten.²²

²² Vgl. hierzu u.a. Mneimneh, Hassan: The “Turkish Model” in Arab islamism: Rejection or emulation?, in: Fradkin, Hillel u.a. (Hrsg.): Current Trends in Islamist Ideology, Band 11, Washington DC 2011 (Hudson Institute, Center on Islam, Democracy, and the Future of the Muslim World), S. 10-24, hier besonders S. 14, <www.currenttrends.org>.

Die kemalistische Türkei und ihre Trennung von Religion und Staat wird wiederum von säkular orientierten Persönlichkeiten in Nordafrika/Nahost herangezogen, um nachzuweisen, dass eine Trennung von Staat und Religion nicht gleichbedeutend mit einem Verdrängen der Religion aus dem öffentlichen Leben ist und die Befürwortung eines säkularen Staates nicht bedeutet, dass seine Verfechter ein negatives Verhältnis zur Religion hätten. Nur der säkulare Staat könne in den pluralen Gesellschaften Nordafrikas und des Nahen Ostens Glaubensfreiheit und Gleichheit gewährleisten; die Verfassung müsse deswegen die säkulare Demokratie schützen.²³

Das türkische Modell wird zudem von Intellektuellen wie dem Syrer Sadiq al-Azm gepriesen, weil es den Islamisten zeige, „dass es einen Weg für eine religiös geprägte Partei gibt, auf dem demokratischen Weg an die Macht zu kommen, der nicht in die Katastrophe führt – und dass diese Partei dann immer noch einen starken islamischen Bezug hat“.²⁴ Bei dieser Interpretation der türkischen Entwicklung und dem Lob des türkischen Modells durch Sadiq al-Azm bleiben jedoch drei Tatsachen unerwähnt:

- Erstens, dass das türkische Militär den säkularen Staat garantierte.
- Zweitens, dass mit dem Rücktritt und dem Einflussverlust kemalistischer Generalstabsmitglieder im August 2011 eine neue Situation eingetreten ist, deren mittelfristige Auswirkungen auf das bislang „gemäßigte“ Verhalten der AKP-Regierung noch nicht abzusehen ist,²⁵ zumal
- drittens, die AKP und die Regierung alle vorhandenen Spielräume ausnutzten, um die Islamisierung der Gesellschaft voranzutreiben.

Die positive Einschätzung der türkischen Entwicklung unter der AKP-Regierung bei großen Teilen der Bevölkerung in Nordafrika/Nahost resultiert jedoch vor allem aus der Tatsache, dass es einem islamisch geprägten Land gelang, die gesellschaftliche und politische Modernisierung sowie die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Hinzukommt die Anerkennung für die USA-, Israel- und Europa-kritischeren außenpolitischen Positionen unter der AKP-Regierung – gepaart mit dem Wunsch, die eigenen arabischen Staatsführungen würden ähnlich selbstbewusst auftreten.

3.4. Die Türkei als Vermittler

In den letzten Jahren übernahm die Türkei in einzelnen Fällen die Rolle eines Vermittlers in innenpolitischen Konflikten (Libanon) oder – vor der drastischen Verschlechterung der tür-

²³ Vgl. beispielhaft die Ausführungen der Rechtsanwältin Ibtissem Garram in: Jeune Afrique, Paris, 7.8.2011 (Tunisie: faut-il blinder la nouvelle constitution?).

²⁴ So Sadiq al-Azm in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 12.8.2011 („Die Araber könnten bald etwas weniger hamlethhaft sein“).

²⁵ Josephine Dédé warnt deswegen auch vor einer Tendenz der AKP zur Hegemonie und vor Rückschritten beim Demokratisierungsprozess, wenn ein Gegengewicht fehlt, wie es bislang die kemalistische Militärführung darstellte. Vgl. Jeune Afrique, 14.8.2011 (L’armée marque le pas).

kisch-israelischen Beziehungen 2010/2011 – in zwischenstaatlichen Konflikten wie zwischen Syrien und Israel. Auch im Atomstreit Irans mit der internationalen Gemeinschaft brachte sich die türkische Regierung als Mittler ein. Insbesondere die Golfstaaten erhoffen sich von den gutnachbarschaftlichen Beziehungen der AKP-Regierung zu Iran, dass sie dazu beitragen kann, eine Eskalation des Atomstreits der internationalen Gemeinschaft mit Iran zu verhindern und dass sie ihren Einfluss geltend macht, um die regionalen Ambitionen Irans zu mäßigen. Die Akzeptanz der Türkei als Vermittler in Konflikten ist allerdings nicht der Tatsache geschuldet, dass die Türkei ein islamisch-geprägtes Land ist und die regierende AKP in der islamistischen Bewegung ihre Wurzeln hat; ausschlaggebend sind jeweils ihre guten Beziehungen zu allen Konfliktparteien.

Wenn auch 2011 etliche Vermittlungsangebote der türkischen Regierung nicht in Anspruch genommen wurden (so z.B. im innerbahrainischen Konflikt oder im innersyrischen Konflikt), so haben diese Angebote doch ein Ziel erreicht: sie steigerten das Ansehen der türkischen Regierung und damit „der Türkei“ als nicht aggressiver Akteur.

3.5. Die türkische Außenpolitik als Vorbild

Nicht nur die Staatsführungen arabischer Staaten, sondern auch eine Vielzahl gesellschaftlicher Akteure wertet die Außenpolitik der Türkei unter der AKP-Regierung positiv. Besondere Aufmerksamkeit genießt dabei die „Autonomisierung vom Westen“. Es ist deswegen davon auszugehen, dass die Türkei zumindest einige arabische Staaten inspirieren wird, sich in Zukunft ähnlich selbstbestimmt zu positionieren und dass häufiger zu Maßnahmen gegriffen wird, mit denen die nationale Selbstbestimmung ausgedrückt werden kann. Die türkische AKP-Regierung ging in diesem Sinne beispielhaft voran und exerzierte das Machbare vor. Im nationalen Eigeninteresse werden die arabischen Staaten mit allen, die sich kooperativ zeigen, zusammenarbeiten und ebenso wie die Türkei unter der AKP-Regierung versuchen, die Beziehungen zu diversifizieren und Abhängigkeiten zu reduzieren.

Die Kooperation mit der Türkei verlief auf Seiten der arabischen Staaten stets pragmatisch und interessenorientierte. Ein Regierungs- oder Machtwechsel, selbst ein Regimewechsel in einem nordafrikanischen oder nahöstlichen Staat, wird an dieser pragmatischen Grundposition nichts ändern.

Wenn der Einfluss islamistischer Gruppen auf die Gestaltung der Außenpolitik in Staaten wie Ägypten, Libyen, Tunesien zunimmt wird gleichzeitig die Tendenz gestärkt, Selbstbestimmung durch Abgrenzung vom dominanten „Westen“ zu manifestieren: Eine engere Kooperation mit der AKP-regierten Türkei, die Affinitäten zu den Nachbarn in Nahost und Nordafrika hat, ist die wahrscheinliche Folge.

4. Die Zukunft der arabisch-türkischen Beziehungen

4.1. Die türkischen Nahost-/Nordafrika-Orientierung

Die innenpolitischen Veränderungen in der Türkei lassen darauf schließen, dass auf türkischer Seite das Interesse am Ausbau der Kooperation mit den arabischen Staaten – vor allem im Wirtschaftsbereich – auch in Zukunft vorhanden sein wird. Die türkische Hinwendung zu den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas ist nicht primär den AKP-Affinitäten zu islamischen Staaten geschuldet; sie steht vielmehr im Kontext einer neuen selbstbewussten, an konkreten nationalen Interessen und Zielen ausgerichteten Außenpolitik der Türkei. Dieses Streben nach einer einflussreichen und selbstbestimmten regionalen und weltpolitischen Rolle ist jedoch nicht allein Kennzeichen der politischen Elite der AKP.

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der Türkei werden dafür sorgen, dass auch bei einem Regierungswechsel und innertürkischen Machtverschiebungen diese regionale Neuorientierung der Außenpolitik Bestand haben wird. Der Grund: die treibende Kraft für die neue Außenpolitik der AKP-Regierung gegenüber den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas war (und ist) nicht die gemeinsame religiöse Wurzel, sondern der türkische Nationalismus. Der türkische Nationalismus prägt sowohl die alte politische Elite als auch die neue AKP-Elite; er ist für die Selbsteinschätzung der Türkei als Nation, der sowohl regional als auch international eine führende Rolle zukommt, mitverantwortlich. Die türkische Außenpolitik ist, um dieses Ziel zu verwirklichen, mehrdimensional geworden. Eine intensivere Kooperation wird mit vielen Staaten und Regionen angestrebt. Die EU gilt weiterhin zwar als ein wichtiger Partner, aber die einseitige Fokussierung auf die EU und EU-Mitgliedschaft ließ deutlich nach. Insofern ist der seit 2002 deutlich gewordene Trend der türkischen Außenpolitik zur Annäherung an die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas *nicht* als konjunkturelles Ereignis abzutun.²⁶

4.2. Das arabische Interesse

Vor dem Hintergrund dieses Wandels der türkischen Außenpolitik sollte auch das außenpolitische Verhalten der arabischen Staaten gegenüber der Türkei und das mittelfristig zu erwartende Verhalten dieser Staaten gegenüber der EU und den USA beurteilt werden. Nationalistische Positionen und Gefühle sind auch in den Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas ausgeprägt. Die Außenpolitik bestimmte stets das Staatsoberhaupt, der in Übereinstimmung mit den Interessen der zahlenmäßig begrenzten herrschenden Elitenkoalition die Orientierung vorgab. Es ist zu erwarten, dass in Staaten, in denen sich das ideologische Spektrum und die Zahl der am politischen Prozess beteiligten Akteure verändert, auch das außenpolitische Auf-

²⁶ Vgl. hierzu auch Almuedo, Ana: New Turkish foreign policy towards the Middle East: Neither so new, nor so Turkish, Barcelona, September 2011 (Papers IEMed 4), 29 S., hier S. 16 (Boosting economic ties: Turkey as a trading state). Vgl. auch Middle East Online, 11.5.2011 (Turkey's growing trade network).

treten und die Kooperationsbeziehungen zur Überprüfung anstehen. Das muss nicht bedeuten, dass sich die Außenpolitik grundlegend verändert. Wie im Fall der Türkei seit 2002 ist allerdings zu erwarten, dass mit Blick auf die Mehrheitspositionen in der eigenen Bevölkerung und die innenpolitische Stabilität gerade die Beziehungen zu den USA und der EU überprüft werden.

Die innenpolitischen Kräfteverhältnisse werden für die formale Ausgestaltung der Beziehungen ausschlaggebend sein. Symbolische Akte, die gegenüber der Bevölkerung eine kritische Distanz und mehr Selbstbestimmung und Autonomie zum Ausdruck bringen sollen, sind zu erwarten.

Die Staatsführungen der arabischer Staaten werden deshalb mit der Türkei soweit und solange dies im nationalen Interesse liegt, kooperieren; sie werden die türkische Regierung im Einzelfall, wenn dies opportun erscheint, als Vermittler nutzen. Die wirtschaftlichen Akteure werden gleichfalls pragmatisch nach Interessensgesichtspunkten vorgehen. Voraussetzung für den Ausbau und die Konsolidierung der zwischenstaatlichen Kooperation sind allerdings funktionierende staatliche Institutionen. Wann zum Beispiel in Syrien – wo eine Lösung des Konflikts Anfang September 2011 noch nicht in Sicht ist – die Staatstätigkeit wieder „normal“ verläuft und die bilaterale Kooperation mit den Nachbarstaaten revitalisiert werden kann, ist offen. In Libyen zeichnet sich hingegen eine Normalisierung in den Kooperationsbeziehungen im September 2011 schon ab.

Die Chancen, dass die arabisch-türkischen Beziehungen auch in den Staaten, die seit Anfang 2011 einen Machtwechsel erlebten, an das vorherige Niveau anknüpfen, stehen gut. Dafür sprechen

- der Umgang der türkischen Regierung mit den Ereignissen in Nordafrika/Nahost 2011 (s.o. 2.) und
- die Art und Reichweite der bisherigen Kooperation, die von den Interessen der arabischen Kooperationspartner bestimmt wurden.

Dieser letztgenannte Aspekt der Beziehungen ist in der Studie „Die Zukunft der arabisch-türkischen Beziehungen“ (s.o. Anm. 5) detailliert nachzulesen. Die Erkenntnisse der Studie sind auch nach den aktuellen innenpolitischen Veränderungen in Nordafrika/Nahost gültig, zumal sich die Interessenlagen beider Seiten nicht grundlegend änderten:

- Das türkische nationale Interesse an einem Ausbau der Kooperation und dem Aufbau guter nachbarschaftlicher Beziehungen (Null-Problem-Politik) mit den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas ist unverändert hoch.
- Die Hauptinteressen arabischer Staaten, die bis 2010 eine Kooperation mit der Türkei begünstigten und wirtschaftlicher Art sind, sind nicht an eine spezifische Regierung bzw. Staatsführung gebunden.

- Die Wahrnehmung der Türkei bei der Bevölkerung in Nordafrika und dem Nahen Osten ist weitgehend positiv.

5. Schlussfolgerungen

Die politischen Proteste, die seit Jahresbeginn 2011 zahlreiche Länder in Nordafrika und Nahost erfassten und in einigen Staaten zu Machtwechseln führten, kamen islamistischen Gruppen und Organisationen zugute. Sie werden als Folge der Machtwechsel in Tunesien, Ägypten und Libyen legal am politischen Prozess beteiligt, von dem sie bislang ausgeschlossen waren. Diese Legalisierung und Aufwertung als politischer Akteur wird die Kontakte und den Austausch unter den islamistischen Parteien und Organisationen mit Sicherheit intensivieren. Bezogen auf die arabisch-türkischen Beziehungen bedeutet dies allerdings nicht, dass die AKP-Regierung das religiöse Instrument außenpolitisch zum Einsatz bringen könnte, ohne ihr Konzept der gutnachbarschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten und die darauf aufbauende Kooperation zu gefährden, weil

- zwar künftig in mehr arabischen Staaten als vor dem Umbruchsjahr 2011 Islamisten an der Macht beteiligt sein werden, aber nicht in allen Staaten die politisch dominante Kraft sein werden und
- nicht nur unterschiedliche Varianten des Islam in Nordafrika/Nahost praktiziert werden, sondern auch die islamistische Bewegung nicht einheitlich ist.

Schließlich wäre es – selbst gegenüber Staaten, in denen Islamisten die Regierung stellen – für die an nationalen Interessen ausgerichtete türkische Außenpolitik kontraproduktiv, eine spezifische religiöse Richtung und die politischen Organisationen, die sich auf sie beziehen, zu favorisieren. Die eigene religiös-kulturelle Verortung der türkischen Regierung erfolgt allgemein durch Bezugnahme auf den Islam und seine humanitären Werte. Diese Form der Neutralität bei der Gestaltung der Beziehungen zu den Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens oder auch Irans aufzugeben und beispielsweise den sunnitischen Islam oder Vertreter der Muslimbruderschaft offen zu bevorzugen, würde die Beziehungen belasten und Misstrauen fördern (Stichwort: Einmischung in innere Angelegenheiten). Die religiöse Heterogenität nahöstlicher Staaten und Ägyptens und die Vielfalt der islamischen Richtungen, die praktiziert werden, lässt eine solche Form der „Parteinahme“ nicht zu, wenn negative Rückwirkungen auf die Wahrnehmung und die Kooperationsbereitschaft vermieden werden sollen.

Aus Sicht der nahöstlichen und nordafrikanischen Staaten und großer Teile der Bevölkerung sprach bislang nichts gegen einen Ausbau der bilateralen Beziehungen. Mehrere Umfragen und auch die Ergebnisse der Studie zur „Zukunft arabisch-türkischer Beziehungen“ bestätig-

ten dies.²⁷ Die politischen Umbrüche in einigen arabischen Staaten seit Jahresbeginn 2011 änderten diese positive Disposition gegenüber der Türkei nicht.

Wenn die Türkei in ihrem Hauptzielgebiet „Nahost“ die Kooperation vorantreiben will, dann darf sie weder paternalistisch und lehrmeisterlich noch mit einer Regionalmachtattitüde auftreten. Eine wesentliche Voraussetzung für gute Nachbarschaft und konfliktfreie Beziehungen ist und bleibt die Achtung des Prinzips der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Im ersten Halbjahr 2011 kam es in mehreren arabischen Staaten zu einem Machtwechsel und einer innenpolitischen Neuordnung oder zu grundlegenden Reformen. Die innenpolitischen Konflikte in Syrien oder im Jemen sind noch nicht gelöst; institutionelle Änderungen verbunden mit Veränderungen der politischen Kräfteverhältnisse sind aber auch in diesen Ländern zu erwarten. Die Protestbewegungen und ihre Erfolge steigerten das nationale Selbstbewusstsein und damit verbunden die Empfindlichkeit gegenüber jeglicher Art oder jeglichem Anschein von Einmischung und Dominanz. Das Eingreifen der NATO in den libyschen innenpolitischen Konflikt verstärkte die grundsätzliche Ablehnung externer Einmischung in Nordafrika und dem Nahen Osten. Das heißt, dass die Regierungen arabischer Staaten auch in Zukunft bemüht sein werden, ihre Außenbeziehungen zu diversifizieren. Im Rahmen dieser Diversifizierung wird die Türkei als Kooperationspartner eine signifikante Rolle spielen. Allerdings werden türkische Ambitionen vor allem im Nahen Osten als „führende Macht“ anerkannt zu werden, keine Chance auf Erfolg haben. Die arabischen Staaten, die selbst – wie von der Türkei unter der AKP-Regierung vorgelebt – Wege suchen, außenpolitische Abhängigkeiten zu reduzieren, sind nicht bereit, eine neue Abhängigkeit und externe Einflussnahme zu akzeptieren.

Für „westliche“ Staaten wird deshalb in Zukunft nicht nur der Umgang mit der selbstbewussten und sich aus einseitigen Abhängigkeiten emanzipierenden Türkei schwieriger. Der Umgang mit den Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas, die eine ähnliche Emanzipation und Selbstbestimmung anstreben, wird – unabhängig von der künftigen Ausprägung des politischen Systems – nicht einfacher werden.

²⁷ Vgl. die bibliographischen Angaben in Anmerkung 2, 5 und 16.

© Edition Wuqûf, Hamburg 2011 (www.wuquf.de)

ISSN 0948-0951

Die Wuqûf-Kurzanalysen erscheinen unregelmäßig; sie informieren über aktuelle Entwicklungen in Nordafrika/Nahost oder kommentieren diese zielgerichtet. Wuqûf-Kurzanalysen stehen kostenlos Online zur Verfügung; sie sind abrufbar unter:

<http://www.wuquf.de/wuquf-online.html>.

Die Wuqûf-Kurzanalysen sind eine privat finanzierte Reihe ohne Unterstützung seitens einer staatlichen oder halbstaatlichen in- oder ausländischen Institution.

Herausgeber

Sigrid Faath, Privatdozentin Dr. habil; Studium der Politischen Wissenschaft, Ethnologie und Soziologie; seit Oktober 2008 Associate researcher bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Nordafrika, Innen- und Außenpolitik; euro-mediterrane Beziehungen; Konfliktpotentiale in Nordafrika/Nahost; hierzu zahlreiche Veröffentlichungen.

Kontakt: sfaath@wuquf.de

Hanspeter Mattes, Dr. phil. (Politische Wissenschaft), Diplom-Volkswirt; stellvertretender Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zur Innen- und Außenpolitik der nordafrikanischen Staaten, insbesondere Libyens; thematische Arbeitsschwerpunkte: politische Transformation, Soft-security-Probleme, Staatliche Religionspolitik; Energiepolitik Algeriens und Libyens.

Kontakt: hmattes@wuquf.de